

# ERKLÄRUNG ZUM SICHEREN HAFEN



Gemeindegtag  
Baden-Württemberg

## SOLLEN STÄDTE UND GEMEINDEN ZUKÜNFTIG SELBST ÜBER DIE AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN ENTSCHEIDEN?

Die Suche nach Sicherheit zwingt viele Menschen auf die Flucht. Der Anreiz nach Europa zu kommen ist hoch, auch weil erst nach der Aufnahme geprüft und entschieden wird, wer schutzbedürftig ist. Dafür nehmen sie auch den gefährlichen Weg über das zentrale Mittelmeer auf sich. 2019 kamen nach Zahlen der UHNHCR über 93.745 Menschen über diesen Weg nach Europa. Ein Viertel davon musste aus Seenot gerettet werden, 1.221 Menschen starben bei dem Versuch.

Nachdem das Rettungsschiff „Lifeline“ mit 234 geretteten Menschen an Bord tagelang am Einlaufen in einen sicheren Mittelmeerhafen gehindert wurde, haben sich lokale Gruppen zur Bewegung „Seebrücke“ zusammengeschlossen. Den Forderungen der Seebrücke schlossen sich als Zeichen der Solidarität mehrere Kommunen an und erklärten sich zu „Sicheren Häfen“. 13 dieser Städte gründeten mittlerweile ein kommunales Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ und haben die „Potsdamer Erklärung“ unterzeichnet. Sie erklären damit ihre Bereitschaft, zusätzlich zu Ihrer Quote aus Seenot Gerettete in Ihrer Kommune aufzunehmen. Gleichzeitig fordern sie die Bundesregierung jedoch auf, sie bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Im Rahmen der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 wurde u.a. über den Vorschlag von Dr. Gesine Schwan und Gerald Knaus diskutiert: Kommunen sollen entscheiden können, ob und in welcher Zahl sie Flüchtlinge aufnehmen wollen. Im Gegenzug können Sie aus einem außerhalb des EU-Haushalts angelegten Fonds die Erstattung ihrer Integrationskosten beantragen. Zusätzlich sollen sie die gleiche Summe für ihre eigene Entwicklung (Wohnungsbau, Infrastruktur, Bildung, Kultur) erhalten.

Die Kommunen übernehmen bei der Integration von Geflüchteten eine wichtige Rolle. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist jedoch eine Entscheidung, die über die Grenzen einer Gemeinde oder Stadt wirkt. Eine Unterstützung, sei es wie durch das Bündnis „Städte sicherer Häfen“ gefordert oder von G. Schwan und G. Knaus vorgeschlagen, bietet Fehlanreize. Eine Verschiebung der Migrations- und Asylpolitik auf die Kommunen kann deshalb nicht weiter verfolgt werden.



picture alliance / Laurin Schmid

### SICHERER HAFEN:

Ausgehend von der zivilgesellschaftlichen Bewegung „Seebrücke“ haben sich seit Juni 2018 bundesweit 121 Kommunen (Stand Dezember 2019) zum sicheren Hafen für Geflüchtete erklärt und erfüllen mindestens eine Forderung der Seebrücke.

### FORDERUNGEN DER SEEBRÜCKE:

- Öffentliche Solidaritätserklärung mit Menschen auf der Flucht,
- aktive Unterstützung der Seenotrettung,
- Aufnahme von Geflüchteten zusätzlich zur Quote,
- Unterstützung zusätzlicher Aufnahmeprogramme,
- langfristiges Ankommen in der Kommune gewährleisten
- Einsetzen für nationale und europäische Vernetzung,
- Beteiligung an der Gründung eines europäischen Bündnisses aller Sicherer Häfen,
- Transparenz

### SICHERE HÄFEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG:

Biberach (Stadt & Landkreis), Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Marbach am Neckar, Mehrstetten, Reutlingen, Rottenburg, Schwäbisch Hall, Tübingen, Tuttlingen, Ulm, Waiblingen, Waldkirch